



NKR Sek.

Berlin,
Bearb.:
Telefon:

23. Februar 2023
[REDACTED]
(030) 18580-[REDACTED]

Vermerk für die 356. Sitzung des NKR am 24. Februar 2023

TOP 5: Auswahl eines Themas für das Gutachten 2023

I. Votum

NKRS empfiehlt

- Thema 1 (Förderprogrammen) nicht als auszuschreibendes Gutachten, sondern in Form eines „Einfacher-zu-Projekts“ zu bearbeiten.
- Themen 2 (Government as Platform) aufgrund der zeitlichen Überlegungen der AG2 für Anfang 2024 vorzusehen
- Thema 3 (Vereinfachung Sozialleistungen) als Gutachtenthema 2023 auszuwählen.

Als nächster Schritt folgt die Erstellung einer Leistungsbeschreibung durch NKRS in Vorbereitung der Ausschreibung des Gutachtens.

II. Sachstand

In seiner 354. Sitzung am 27. Januar 2023 hat der NKR aus der Übersicht möglicher Gutachtenthemen drei Themen für die engere Auswahl bestimmt:

1. Untergesetzliche Vorschriften im Blick: Umfang und Senkungspotential der Kostenfolgen von Förderprogrammen des Bundes (und der Länder)
2. Deutschland fit machen: Empfehlungen für eine effektivere und effizientere Aufgabenteilung im föderalen Bundesstaat
3. Wege aus der Komplexitätsfalle - Vereinfachungs- und Automatisierungspotentiale im Sozialrecht heben

Zu den drei Themen hat das NKRS untenstehende Steckbriefe ausgearbeitet, die aufzeigen, welche Zielsetzung die jeweiligen Gutachten verfolgen und welche Inhalte untersucht werden sollen.

III. Bewertung

Die Themenstellung des Thema 1 (Förderprogramme) ist sehr spezifisch und praxisbezogen und weniger konzeptorientiert. Ähnliche Fragestellungen wurden bisher in Form der s.g. „Einfacher-zu-Projekte“ untersucht. Diese beruhten auf einer Zusammenarbeit mit Regierung und StBA. Da Förderprogramme des Bundes und der Länder für teilweise die gleichen Zielstellungen und -gruppen existieren, bestünde ggf. Kooperationspotential mit Landes-NKR, über die ggf. Landesprogramme untersucht werden könnten.

Das Thema 2 (Government as Platform) greift ein Konzept aus der IT auf, das sich sehr gewinnbringend auf die generelle Frage, wie die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen besser organisiert werden könnte, übertragen ließe. In diesem Sinne war er bereits in den Dresdner Forderungen aufgegriffen und auch im NKR-Papier vom Juni 2021 („Leistungsfähige Verwaltung – Zukunftsfester Staat.“) verwendet worden. Da diese Fragen nicht nur in den letzten Krisen, sondern immer wieder auch bei vielen Alltagsfragen auftreten, liegt hier eine hohe Relevanz vor. Zudem böte der im Koalitionsvertrag vorgesehene „Föderalismusdialog“ einen geeigneten politischen wie kommunikativen Anknüpfungspunkt. Da die AG2 (Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung) die Empfehlung ausspricht, dieses Thema schrittweise aufzubauen und im Sommer 2024 öffentlich zu thematisieren, könnte ein Gutachten hier Grundlagenarbeit leisten.

Das Thema 3 (Vereinfachung Sozialleistungen) ist ein Dauerthema und beschäftigt den NKR in verschiedenen Konstellationen immer wieder. Durch die Projekte der Regierung zum Bürgergeld und zur Kindergrundsicherung hat es neue Aktualität erreicht. Allerdings sind die damit verknüpften Ambitionen im Angesicht der fortschreitenden Überforderungssituation der Verwaltung aller Ebenen und des zunehmenden Personalmangels als zu niedrig zu bewerten. Zumal andere Länder zeigen, dass ambitioniertere Reformen umsetzbar sind. Das Thema bietet zudem vielfältige Bezüge zu verschiedenen Themen des NKR, insbesondere zum Thema Digitalisierung, Automatisierung und Digitaltauglichkeit. Vor dem Hintergrund der Überlegungen zu den Themen 1 und 2 sollte Thema 3 für das Gutachten 2023 ausgewählt werden.

Steckbrief zu Thema 1)

Untergesetzliche Vorschriften im Blick: Umfang und Senkungspotential der Kostenfolgen von Förderprogrammen des Bundes (und der Länder)

Zielsetzung

- Untersuchung ausgewählter Förderprogramme des Bundes für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich tatsächlich messbarer, aber auch „gefühlter“ bürokratischer Aufwands-treiber auf untergesetzlicher Ebene.
- Ergebnis sollen konkrete Vorschläge für eine vereinfachte Gestaltung von untergesetzlich nor-mierten Ausführungsregelungen (Richtlinien, Merkblätter, FAQs) bzw. Antragsverfahren sein

Inhalte/Verfahren

- Es besteht die Vermutung, dass für Förderprogramme untergesetzlich viele Regelungen geschaf-fen werden, die für Wirtschaft und Bürger zu einem erheblichen Aufwand führen, aber auch auf Seiten der Verwaltung erhebliche Ressourcen binden. Dieser Aufwand wird bei Erlass der gesetz-lichen Grundlagen in der Regel nicht berücksichtigt.
- Zu analysieren wäre, wie sich dieser Aufwand konkret darstellt, welche negativen Auswirkungen er auf die Inanspruchnahme und Abwicklung von Förderprogrammen hat und welche Empfeh-lungen zur Vereinfachung entwickelt werden können.
- Aufwand für Bürger oder Unternehmen dürfte zum Beispiel dadurch entstehen, sich einen Überblick über die Förderprogramme zu verschaffen und zu verstehen, welche Anspruchsvor-aussetzungen, Abhängigkeiten und Ausschlusskriterien mit weiteren Förderprogrammen be- stehen und welche Verfahrensvorschriften, Dokumentation- und Nachweispflichten beachten werden müssen. Bei der Analyse sollten zudem die Aspekte Verwaltungssprache und Usability (Informationsaufbereitung, Servicedesign, Nutzerfreundlichkeit) berücksichtigt werden.
- Die Empfehlungen müssen geeignet sein, zu verhindern, dass Unternehmen und Bürgern lieber auf staatliche Förderung verzichten, als a) das Risiko einzugehen, etwas bei Antrag und Abwick-lung „falsch zu machen“ und zur Rückzahlung verpflichtet zu werden sowie b) den Aufwand zum Durchlaufen des Antragsverfahrens und zur Bereitstellung von Nachweisen auf sich zu nehmen.
- Es wäre einzugrenzen, welche Art von Förderprogrammen in den Blick genommen wird (För-derungen von Unternehmen / Privatpersonen, Förderdarlehen KfW, Forschungsförderung, Überbrückungshilfen etc.). Zur Veranschaulichung sollten bestimmter Förderprogramme exemplarische untersucht werden. Über die exemplarische Analyse hinaus sollten aber auch ge-neralisierende Empfehlungen zur Vereinfachung des Förderwesens insgesamt ausgesprochen werden.
- Zur Themenbearbeitung bietet sich ein klassisches „Einfacher-zu-Projekt“ an. Zudem könnte mit Landes-NKR kooperiert werden, die sich ggf. um Landesprogramme kümmern könnten.

•
Steckbrief zu Thema 1)

Deutschland fit machen: Empfehlungen für eine effektivere und effizientere Aufgabenteilung im föderalen Bundesstaat

Zielsetzung

- Verständliche Aufbereitung und Erläuterung des Konzepts „Government as a Platform“ (GaP) bzw. „Government as a Service“ für politische Entscheider inkl. Darstellung von Anwendungsbeispielen und Potenzialen für eine bessere Aufgabenerledigung
- Empfehlungen aussprechen und bildhafte Beispiele präsentieren, wie das Konzept jenseits des Kernanwendungsbereichs Verwaltungsdigitalisierung auch in beliebigen anderen Kontexten Ebenen und Fachbereich übergreifender Zusammenarbeit angewendet werden kann
- Im Ergebnis sollen greifbare und überzeugende Vorschläge entstehen, die u.a. auch Impulse für den im Koalitionsvertrag angekündigten „Föderalismusdialog“ liefern könnten, ohne eine große Staatsreform auszurufen

Inhalte

- Analyse wiederkehrender Defizite bei der Ebenen und Fachgebiets bergreifenden Aufgabenwahrnehmung im föderalen Bundesstaat; ausgehend von Krisen, aber auch Alltagserfahrungen
- Darstellung der vorhandenen und sich zuspitzenden Überlastungssituation in den Verwaltungen, gerade den Kommunen und Herausarbeiten der Ursachen, für die GaP Lösungen bereithielte
- Darstellung der Grundprinzipien und Wirkmechanismen von GaP unter Berücksichtigung internationaler und nationaler Beispiele sowie beispielhafte Anwendung auf aktuelle politische Vorhaben (Fachkräfte, Planungs- Genehmigungsverfahren, etc.)
- Aufzeigen der konkreten Potentiale für eine resilientere, professionellere, leistungsfähigere, effizientere Aufgabenerfüllung durch die Verwaltung
- Beschreibung eines generellen Reformansatzes für den besonderen deutschen Kontext und Anwendung auf konkrete Beispiele der Krisenbewältigung und Alltagsverwaltung
- Aufzeigen der Bezüge zu aktuellen Diskursen, z.B. OZG, Dresdner Forderungen, Föderalismusdialog sowie Abgrenzung von bisherigen Föderalismuskommissionen und anderen Reformversuchen (z.B. Gebietsreformen) und Darstellung der Vorteile (z.B. Durch die Bündelung kann mehr Qualität bei größeren Stückzahlen und geringeren Kosten ermöglicht werden, ohne die von der Verfassung vorgegebenen Grundprinzipien der föderalen Gewaltenteilung und bürger-nahen Zuständigkeitsordnung aufzugeben („Föderalismus bleibt, Effizienz steigt“)).
- Analyse der Umsetzungsvoraussetzungen und Empfehlungen für eine praktische Umsetzung (grundgesetzlich, gesetzlich, untergesetzlich, verwaltungspraktisch)
- Empfehlungen für eine Berücksichtigung der GaP-Prinzipien beim Digitalcheck

Steckbrief zu Thema 3)

Wege aus der Komplexitätsfalle - Vereinfachungs- und Automatisierungspotentiale im Sozialversicherungswesen heben

Zielsetzung

- Komplexität des Sozialleistungsrechts mit Schnittstellen und Friktionen darstellen
- Szenarien für grundsätzliche Vereinfachung entwickeln und Nutzenpotential darstellen
- Ergebnis sollen handhabbare Empfehlungen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Reichweite sein sowie Ableitungen für Kindergrundsicherung und Digitalcheck

Inhalte

- Überblicksdarstellung wesentlicher Sozialleistungen sowie der zugehörigen Verwaltungsstrukturen, inkl. guter grafischer Aufbereitung, ggf. Fokus auf Geldleistungen (Hinweis: hierzu sind bereits Vorarbeiten verfügbar)
- Analyse und bildhafte Darstellung wesentlicher rechtlicher, organisatorischer, technischer Schnittstellenprobleme (unterschiedliche Rechtsbegriffe, Bezugszeiten, Zuständigkeiten, Verrechnungsnotwendigkeiten, sonstige Abhängigkeiten)
- Mindestens qualitative, möglichst quantitative, ggf. exemplarische Darstellung des dahinterliegenden Aufwandes für Bürger, Verwaltung, ggf. auch Unternehmen
- Skizze verschiedener Szenarien zur spürbaren Vereinfachung des Gesamtsystems, u.a. durch größtmögliche Automatisierung, aber auch größtmögliche Konsolidierung und Zusammenfassung von Sozialleistungen inkl. Darstellung des Nutzenpotentials; ggf. Unterscheidung nach „inkrementell“ (vorhandene Komplexität im Sozialleistungsrecht als gegeben hinnehmen und Konzentration auf Automatisierungspotenzial) und „disruptiv“ (radikale Vereinfachung in Anlehnung an Konzepte und Beispiele aus dem Ausland)
- Aufbereitung internationaler Beispiele (z.B. a) DNK: Bündelung Anspruchsprüfung und Auszahlung unterschiedlicher Sozialleistungen bei einer Behörde, b) GB: Zusammenführung von 7 Sozialleistungen in einen „universal credit“)
- Optional: Analyse des Potentials zur Etablierung einer Sozialgrundleistung mit individuellen Zuschlägen, je nach Lebenssituation, administriert durch eine Behörde
- Optional: Analyse Grundsatzfrage zur Trennung von Sozialversicherungs- und Steuersystem unter Berücksichtigung von Konzepten wie „negative Einkommenssteuer“
- Analyse der rechtlichen, organisatorischen und technischen Herausforderungen zur Umsetzung der skizzierten Vereinfachungsszenarien im deutschen Kontext unter Bezugnahme auf erfolgte oder laufende Projekte (ELFE, Bürgergeld, Kindergrundsicherung)
- Ableitung ambitionierter, aber handhabbarer Empfehlungen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Reichweite
- Empfehlungen für Digitalcheck sowie, falls zeitlich sinnvoll, Empfehlungen für laufendes Projekt Kindergrundsicherung